



Bildungspolitische Positionen



NIHK
Niedersächsischer Industrie-
und Handelskammertag

Impressum



Herausgeber:
Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK)
Hinüberstraße 16-18
30175 Hannover
Internet: www.n-ihk.de

Ihre Ansprechpartner:

Volker Linde
NIHK-Sprecher Berufsbildung
IHK Lüneburg-Wolfburg
Tel.: 04131 742-150
E-Mail: berufsbildung@n-ihk.de

Timo Weise
NIHK-Sprecher Schul- und Hochschulpolitik
IHK für Ostfriesland und Papenburg
Tel. 04921 8901-40
E-Mail: schulpolitik@n-ihk.de

September 2016

Bildnachweis:
Shutterstock

Inhalt

Vorwort

1. Berufliche Bildung

- Duale Ausbildung stärken
- Berufsschulen besser ausstatten
- Möglichst wohnortnahe Beschulung sichern
- Berufsorientierung als Aufgabe der Beruflichen Schulen verankern
- Flüchtlingen den Zugang in Ausbildung erleichtern

2. Weiterbildung

- Teilnahme an Weiterbildung steigern
- Fairen Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt ermöglichen

3. Allgemeinbildende Schulen

- Wettbewerbsfähigkeit und Berufsorientierung der Schulabgänger weiter verbessern
- Ökonomische, technische und naturwissenschaftliche Bildung ausbauen
- Schulinfrastruktur möglichst wohnortnah erhalten

4. Hochschule

- Qualität der hochschulischen Ausbildung stärken
- Praxisbezug ausbauen
- Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit weiter entwickeln

Vorwort

Gute Bildung ist die Basis für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Unternehmen. Das Bildungssystem muss daher allen Altersstufen ermöglichen, erforderliche Kompetenzen aufzubauen, vorhandene Talente zu entwickeln und diese bestmöglich in den Unternehmen einzusetzen. Je anpassungsfähiger das Bildungssystem ist, desto besser kann der gegenwärtige und künftige betriebliche Fachkräftebedarf gedeckt werden.

Damit das Bildungssystem seine Aufgaben im Sinne der gewerblichen Wirtschaft leisten kann, müssen alle einzelnen Stufen von der vorschulischen bis zur Hochschul- und Weiterbildung ineinandergreifen, so dass bei jedem Übergang der Erwerb der erforderlichen Kompetenzen sichergestellt ist. Dabei muss das gesamte Bildungssystem – den individuellen Alters- und Lernmöglichkeiten angemessen – auf die Anforderungen der gegenwärtigen und künftigen Berufspraxis und des wirtschaftlichen und technologischen Wandels vorbereiten.

Eine große Herausforderung für die niedersächsische Wirtschaft ist der zunehmende Fachkräftemangel, der ihre Leistungsfähigkeit als Voraussetzung für künftigen Wohlstand empfindlich beeinträchtigen kann.

Dieser ist durch mehrere Umstände verursacht:

- Demografische Entwicklung: Geburtenrückgang, Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge – damit Abnahme und Alterung der Fachkräftebasis.
- Wandel der gesellschaftlichen Wertschätzung bei den Bildungsabschlüssen zu Gunsten höherer Schulabschlüsse und Trend zum Studium.
- Passungsprobleme im Ausbildungsmarkt: Falsche Erwartungen, mangelnde Orientierung und teilweise geringe Ausbildungsreife bei Jugendlichen.
- Passungsprobleme im Bereich höherer Bildung: Hohe Anzahl von Studienabbrechern.

Im Flächenland Niedersachsen ist ein Großteil der Unternehmen in den ländlichen Räumen angesiedelt und auf die dort vorhandenen Bildungsangebote angewiesen. Deswegen gilt eine besondere Verantwortung beim Erhalt und Ausbau der Bildungsangebote und -infrastruktur in der Fläche.

Angesichts der Zahlen zu Migration und Zuwanderung (Flüchtlinge) wird auch in den Betrieben absehbar ein schnell wachsender qualitativer und quantitativer Bedarf an Integrationsleistungen entstehen. Für die Unternehmen ist es ebenso wichtig wie für die Bleibeberechtigten, verlässliche Perspektiven einer beruflichen Qualifizierung und eines Arbeitsmarktzugangs zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund haben die im Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag (NIHK) zusammengeschlossenen IHKs und ihre Mitgliedsbetriebe ein existenzielles Interesse an der bestmöglichen Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale. Der NIHK bezieht deshalb immer wieder Stellung zu bildungspolitischen Fragen.

Nachfolgend sind die NIHK-Positionen zur Bildungspolitik zusammengefasst.

1. Berufliche Bildung

Über eine Duale Ausbildung starten immer noch die meisten Schulabsolventen in den Beruf. Sie ist im internationalen Wettbewerb ein wesentlicher Standortfaktor. Und sie ist ein deutsches Alleinstellungsmerkmal, das viele Länder wegen der Integrationserfolge der Absolventen in den Arbeitsmarkt zu kopieren versuchen. So liegt die Jugendarbeitslosigkeit für beruflich Qualifizierte in Niedersachsen bei 5,9 Prozent und damit rund 15 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt. 80 Prozent der Auszubildenden würden sich wieder für ihre Ausbildung entscheiden.

Dennoch verliert die duale Berufsausbildung in Deutschland seit 2011 absolut und relativ kontinuierlich an Nachfrage. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in Niedersachsen seitdem von ca. 61.000 auf nunmehr rund 55.000 zurückgegangen. Über ein Drittel der Unternehmen in Niedersachsen konnte 2014 nicht mehr alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Ein Trend, der sich seit 2009 fast verdoppelt hat (2009: 17 Prozent der Unternehmen konnten nicht alle angebotenen Plätze besetzen). Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren verschärfen: Bis 2025 wird die Zahl der Schulabgänger um ein weiteres Viertel zurückgehen.

Die Nachfragerlücke nach beruflicher Ausbildung wird auch durch den Flüchtlingszustrom zumindest kurzfristig nicht geschlossen werden. Nach vorliegenden Erfahrungen der Bundesagentur für Arbeit sind nur zwischen zehn Prozent und 20 Prozent der Zuwanderer innerhalb von rund zwei Jahren in Ausbildung oder Beschäftigung zu bringen, 50 Prozent brauchen fünf Jahre und mehr.

Hinzu kommt, dass in der öffentlichen und politischen Diskussion der Erwerb höherer Schulabschlüsse und akademischer Grade als Bildungsziel zu stark in den Vordergrund gestellt wird. Dies fördert die Verschiebung hin zu schulischen und akademischen Qualifikationen. Eine arbeitsteilige Volkswirtschaft braucht aber beides, Akademiker und Fachkräfte.

Dies gilt umso mehr, als nach verschiedenen Studien auch in der Zukunft nur etwa 30 Prozent der Arbeitsplätze akademische Qualifikationen erfordern.

Duale Ausbildung stärken

Das Bündnis für Duale Berufsausbildung ist maßgeblich für die künftige Ausgestaltung der Ausbildung. Die dort im Konsens erarbeiteten Empfehlungen dürfen allerdings im politischen Prozess oder in der Umsetzung nicht zu einer weiteren Schwächung der dualen Ausbildung führen. Notwendig ist deshalb,

- die Modellversuche und Pilotierungen in den Regionen mit klaren Qualitätskriterien auszustatten und mit den Ausbildungsmarktpartnern zu evaluieren, um bei Bedarf rechtzeitig eine Nachsteuerung oder Revision der Handlungsempfehlungen einzuleiten
- die Mitwirkung der Wirtschaft institutionell abzusichern und die Kammern als strategische Partner im Rahmen der Jugendberufsagenturen frühzeitig einzubinden
- die Berufsorientierung an allen Schulformen zu systematisieren. Besonderer Handlungsbedarf besteht vor allem an den Gymnasien
- die Beratungsstrukturen der verschiedenen Player eng miteinander zu verzahnen, z. B. durch eine Jugendberufsagentur



- das „Einstiegssystem Berufliche Schulen“ zu fokussieren und schulische, mit der dualen Ausbildung konkurrierende Bildungsangebote auf den Prüfstand zu stellen, so z. B. die Fachoberschule Klasse 11 und die berufsqualifizierten Assistentenausbildungen
- qualitativ wertige, wohnortnahe Beschulung vor Ort abzusichern
- die Passung zwischen Angebot und Nachfrage zu verbessern, um die duale Ausbildung zu stärken.
- die Verbesserung der Qualität und damit die Attraktivität der Ausbildung und eine positive Kommunikation.

Berufsschulen besser ausstatten

Die Unterrichtsversorgung liegt an vielen beruflichen Schulen weit unter 90 Prozent, daher muss Personal aufgestockt werden. Der Berufsschullehrernachwuchs muss auch sichergestellt sein, wenn in naher Zukunft zahlreiche Lehrer in den Ruhestand gehen.

Die **Rahmenbedingungen für Seiteneinsteiger** und zur **Weiterqualifizierung** von Fachpraxislehrkräften müssen verbessert werden, z. B. durch eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung während der Qualifizierung.

Die berufsbildenden Schulen sollten auf Grundlage eines zugewiesenen Budgets **selbstständig Stellen ausschreiben und besetzen** können. Die **Eigenverantwortung** der Schulen muss aufrechterhalten werden.

Auch bei Baulichkeiten und Ausstattung der Schulen besteht Handlungsbedarf. Die räumliche und sachliche Ausstattung muss qualitativ und quantitativ flächendeckend den Ansprüchen an eine moderne und wertgeschätzte duale Berufsausbildung genügen. Schulträger, die dies nicht gewährleisten können, müssen durch Bund oder Land unterstützt werden. Das derzeitige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern ist in diesem Zusammenhang hinderlich und sollte abgeschafft werden.

Möglichst wohnortnahe Beschulung sichern

Ein qualitativ hochwertiges, schnell erreichbares Berufsschulangebot vor Ort ist ein wesentlicher Faktor für die Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Allerdings sind in den Flächenregionen zahlreiche Klassen der Teilzeitberufsschule aufgrund sinkender Schülerzahlen von der Schließung bedroht. Aus Sicht der Wirtschaft ist es deshalb erforderlich, Instrumente zu entwickeln, die den Wirtschaftsstandort sichern. Zielführend könnte hier beispielsweise die Schaffung von „Flächenboni“ beim Klassenbildungserlass sein.

Berufsorientierung als Aufgabe der Beruflichen Schulen verankern

Die Kompetenz der Berufsbildenden Schulen in der Berufsorientierung muss stärker genutzt werden. Dies sollte auf zwei Wegen geschehen: Zum einen sollten Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen die allgemeinbildenden Schulen stärker in der Berufsorientierung unterstützen und beraten und zum anderen sollten Schüler aller allgemeinbildenden Schulen deutlich mehr als bisher Berufsfelderkundungen in den beruflichen Schulen durchführen. Das gute Beispiel der Praxistage in den Hauptschulen zeigt, dass Schulabgänger dadurch besser einschätzen können, was sie in welchem Berufsfeld erwartet.

Flüchtlingen den Zugang in Ausbildung erleichtern

Es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, so viele Flüchtlinge wie möglich in Gesellschaft und Arbeit zu integrieren. Voraussetzung dafür sind Aufenthaltsstatus, Spracherwerb und die Feststellung und Sicherung der Kompetenzen. Nur auf dieser Grundlage können registrierte Asylbewerber in Qualifizierung oder Arbeit integriert werden. Notwendig ist darüber hinaus, der verlässliche rechtliche Rahmen, der es Unternehmen ermöglicht, Flüchtlinge im Anschluss an ihre Ausbildung noch zwei weitere Jahre im Unternehmen zu beschäftigen.

2. Weiterbildung

Die Weiterbildungsbeteiligung ist angesichts der abnehmenden Erwerbsbevölkerung und der zunehmenden fachlichen Anforderungen der Wirtschaft zu gering und muss gesteigert werden. Bestehende Förderangebote sind vielfach zu intransparent und deren Inanspruchnahme für die Unternehmen zu bürokratisch. Aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Institutionen, wie z. B. berufsbildenden Schulen und Hochschulen verzerren durch ihre Kostenvorteile den Weiterbildungsmarkt und hemmen methodische und technische Innovationen privater Weiterbildungsanbieter.

Das System der beruflichen Weiterbildung mit anerkannten Weiterbildungsabschlüssen schafft für den Einzelnen Chancen auf beruflichen Aufstieg und Karriere. Für die Wirtschaft ist ein vielfältiges Weiterbildungsangebot ein unverzichtbarer Baustein bei der Personalentwicklung und der Fachkräftesicherung.

Teilnahme an Weiterbildung steigern

Weiterbildung muss für Unternehmen und Mitarbeiter stärker in den Fokus gerückt werden, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehören auch moderne Methoden und die notwendige Infrastruktur, um die Vorteile der digitalen Medien für ein flächendeckendes, attraktives Weiterbildungsangebot im Land auszubauen. Sofern das Land eigene Förderprogramme im Bereich der Weiterbildung einsetzt, müssen die formalen Anforderungen so einfach gestaltet werden, dass sie von kleinen und mittleren Unternehmen erfüllt werden können.

Fairen Wettbewerb im Weiterbildungsmarkt ermöglichen

Öffentliche Bildungsangebote dürfen private Angebote nicht verdrängen. Öffentliche Anbieter sollten sich primär auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und nur Angebote vorhalten, die den regionalen Weiterbildungsmarkt ergänzen. Diese Angebote müssen kostendeckend sein, um den Wettbewerb nicht zu verzerren. Insbesondere Angebote von öffentlichen Hochschulen und berufsbildenden Schulen müssen in diesem Sinne künftig in den Regionen deutlich besser als bisher abgestimmt werden. Hierfür müssen seitens des Landes klare Regelungen geschaffen werden.



3. Allgemeinbildende Schulen

Die Leistungen der Schulabgänger sind laut den PISA-Ergebnissen der letzten Jahre besser geworden. Gleichzeitig sind aber auch die Anforderungen der Berufe gestiegen. Die niedersächsischen Ausbildungsbetriebe reagieren auf diese Entwicklung und bieten immer mehr eigene Entwicklungsmaßnahmen an. Allerdings erwarten sie von den Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen auch umfassende Grundkenntnisse sowie eine differenzierte Orientierung über berufliche Möglichkeiten. Nur so kann das Risiko teurer Abbrüche begrenzt werden. Zugleich sind die Betriebe in immer größerem Umfang bereit, enger mit den Schulen zusammenzuarbeiten, um dort ggf. geeigneten Nachwuchs für ihr Unternehmen ansprechen zu können. Die örtliche Nähe von Schulen zum Betrieb ist dabei wichtig. Die Erfahrung zeigt, dass dies die Voraussetzung für eine erfolgreiche Nachwuchssicherung ist. Schulschließungen erschweren deshalb mittel- bis langfristig die erfolgreiche Nachwuchssicherung in der Region. Insofern sind Schulschließungen in letzter Konsequenz für Unternehmen in der Fläche ein echter Standort- bzw. Wettbewerbsnachteil.

Wettbewerbsfähigkeit und Berufsorientierung der Schulabgänger weiter verbessern

Die Schulstruktur- und Ganztagsdebatten der letzten Jahre haben die notwendige Qualitätsdiskussion über den Kernprozess „Unterricht“ überdeckt. Diese muss jetzt endlich geführt werden. Dazu gehören eine ausgeprägte Feedbackkultur und auch die transparente Benotung von Leistungen in allen Schulformen und Jahrgangsstufen. Im Sinne einer Qualitätssteigerung sind die Ergebnisse der Schulinspektionen und der daraus abgeleiteten Maßnahmen transparent zu machen, um einer breiteren Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich an der Schulentwicklung zu beteiligen.

Zudem muss eine differenzierte, unvoreingenommene Berufs- und Studienorientierung künftig an allen Schulformen erfolgen. Die Berufsorientierung ist dabei in einem Fach zu verankern und muss sicherstellen, dass Berufs- und Studienentscheidungen bewusster getroffen werden als bisher.

Ökonomische, technische und naturwissenschaftliche Bildung ausbauen

Für ökonomische, technische und naturwissenschaftliche Bildung sollte in den Lehrplänen mehr Raum geschaffen werden. Ihre Vermittlung muss stärker anwendungsorientiert und praxisnah erfolgen. Dabei können die Lehrkräfte beruflicher Schulen entsprechende Unterrichte an allgemeinbildenden Schulen übernehmen und so dazu beitragen, die Nachhaltigkeit der Berufswahlentscheidung zu verbessern. Unternehmertum und Selbstständigkeit müssen als attraktive und erstrebenswerte Perspektiven dargestellt werden.

Schulinfrastruktur möglichst wohnortnah erhalten

Das Land muss ein neigungs- und begabungsgerechtes Schulangebot in der Fläche gewährleisten. Dazu müssen die Vorgaben des Landes (Klassengröße, Zügigkeiten, Schulformen) so angepasst werden, dass qualitativ hochwertige Schulen auch in der Fläche Bestand haben können. Die Einführung von „Flächenboni“ ist zu prüfen. Darüber hinaus sollte in stärkerem Umfang als bisher erprobt werden, welche Chancen und Möglichkeiten die Digitalisierung zur Sicherung des Schulangebotes beitragen kann. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass die Schulen bei der Entwicklung ihrer Angebote standortübergreifend zusammenarbeiten.

4. Hochschule

Die Anzahl der Studierenden wächst seit 2007/2008 kontinuierlich und hat im Wintersemester 2014/2015 einen Rekordstand von 201.513 erreicht. Die Quote der Studienabbrecher lag bundesweit im Schnitt bei rund 28 Prozent. Zudem wandern aus Niedersachsen mehr junge Menschen mit schulischer Hochschulzugangsberechtigung ab, als aus anderen Bundesländern zuziehen. Der Nettoabwanderungssaldo lag 2014 bei 6.239 Studienanfängern. Damit liegt Niedersachsen bundesweit weiterhin an letzter Stelle.

Qualität der hochschulischen Ausbildung stärken – Studiengänge reduzieren

Die zunehmenden Studierendenzahlen dürfen nicht dazu führen, dass Studieninhalte reduziert und/oder das Anforderungsniveau gesenkt werden. Dies führt ebenso wie die Inflationierung von Abschlussnoten zu einer Entwertung der Abschlüsse. Auch die zunehmende Anzahl an Bachelor- und Masterprogrammen fördert – entgegen den Zielen von Bologna – Intransparenz und birgt zudem die Gefahr nachlassender Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt. Die Landesregierung sollte deshalb eine Initiative für mehr Qualität und zur Reduzierung der Studiengänge starten. Dazu gehören auch qualitative Standards zur Lehrbefähigung von Hochschullehrern ähnlich den didaktischen und pädagogischen Anforderungen bei Lehrern.

Praxisbezug ausbauen

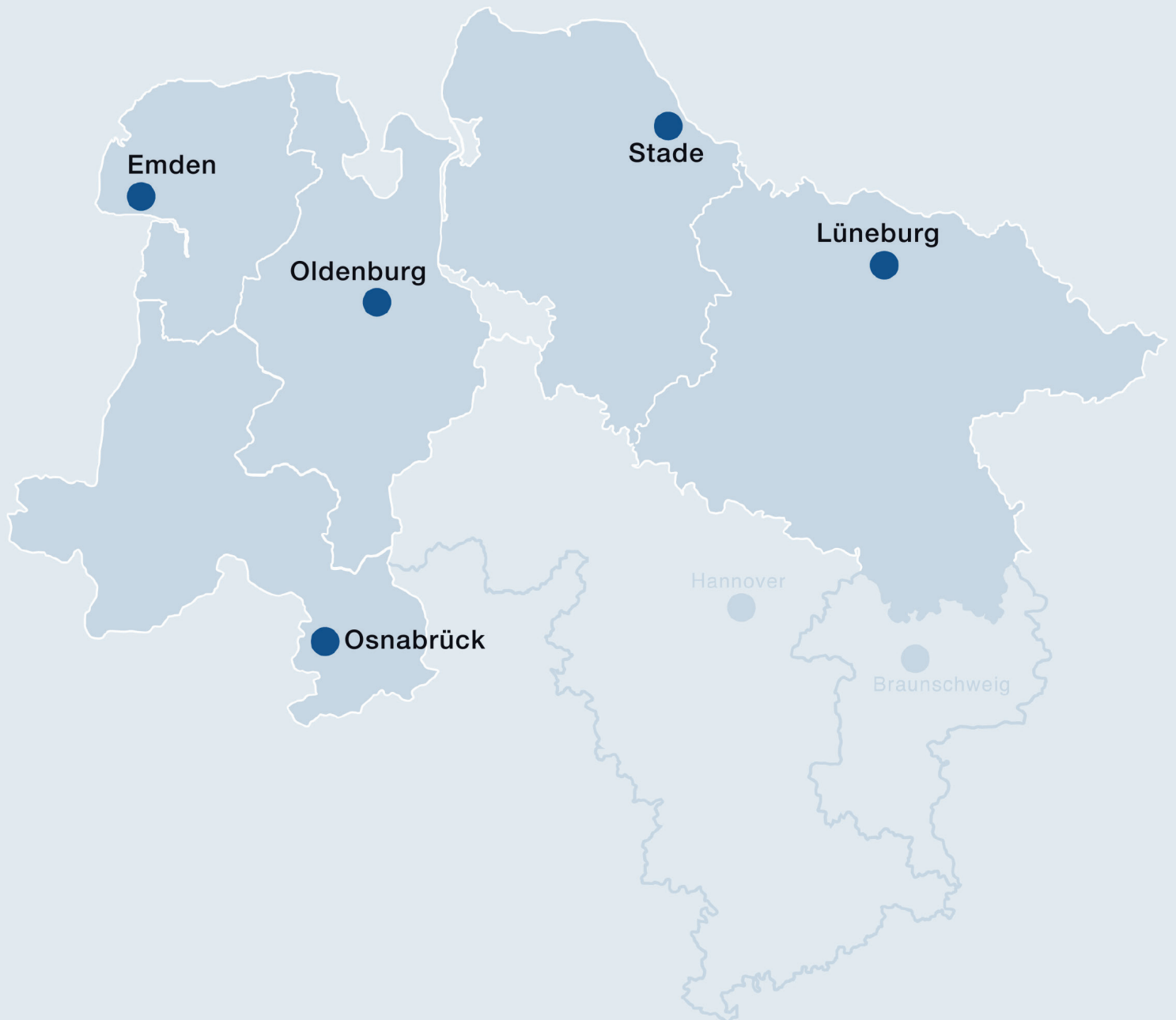
Anwendungsbezug und Praxisnähe von Studienangeboten verbessern die Startchancen der Hochschulabsolventen. Duale Studiengänge und entsprechende Studienplätze sind weiter auszubauen.

Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Einrichtung und dem Ausbau von berufs begleitenden Studiengängen. Die Landesregierung sollte daher die Implementierung entsprechender Studiengänge durch geeignete Finanzierungsmodelle unterstützen. Darüber hinaus sollte sie Initiativen zum Ausbau von Praxis- und Anwendungsbezug für alle Studiengänge starten, um die angehenden Absolventen auf den Eintritt in das Berufsleben noch besser vorzubereiten.

Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit weiter entwickeln

Die Anrechnung von Leistungen aus anderen Bildungsgängen oder gleichen Bildungsgängen an anderen Standorten muss deutlich besser werden. Die pauschale Begrenzung von Anrechnungsmöglichkeiten ist bildungspolitisch nicht länger vertretbar. Insbesondere die oft nur geringe Anrechnung von Bildungsleistungen aus dem Ausland oder aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind nicht mehr nachvollziehbar. Die Landesregierung sollte deshalb weitere Pilotinitiativen starten und dieses Ziel noch konsequenter vorantreiben. Hier ist besonders die Servicestelle Offene Hochschule stärker als bisher in die Pflicht zu nehmen. Parallel dazu sollte das Land die Hochschulen stärker motivieren, dieses Anliegen zu befördern.





Der NIHK ist die Landesarbeitsgemeinschaft
folgender Industrie- und Handelskammern:
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Oldenburgische IHK
IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
IHK für Ostfriesland und Papenburg
IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum